eigene Datenbank des Landtags abzulehnen. Die sachdienlichste Lösung wäre seiner Meinung nach der Anschluß an eine Datenbank der Landesregierung, von der schon mehrfach die Rede gewesen sei, diese müßte allerdings Verbindung mit ähnlichen Einrichtungen des Bundes haben.

Ein weiterer Bestandteil des Komplexes „Information" ist die Unterrichtung der Abgeordneten über Pläne der Landesregierung. Einige Abgeordnete fordern, sie müßten Referentenentwürfe zu Gesetzesvorhaben der Regierung mindestens gleichzeitig mit den Verbänden erhalten, denen sie zur Stellungnahme zugehen. Nehrling ist dagegegen der Ansicht, daß Referentenentwürfe häufig mehrfach verändert werden. Er hält es für besser, daß Abgeordnete erst dann Stellung nehmen, wenn ihnen von der Landesregierung verabschiedete Gesetzentwürfe vorliegen, die dem Parlament offiziell zugeleitet worden sind.

FDP: Verbesserungen erwünscht

Nichts ist so gut, als daß es nicht noch verbessert werden könnte. Dieser Satz gilt selbstverständlich auch für die gewünschte Verbesserung der Informationsmöglichkeiten für Abgeordnete.

Das vom Präsidenten geforderte parlamentarische Informationssystem mit Hilfe der EDV muß unter einem dreifachen Aspekt betrachtet werden:

Einmal aus der Sicht des Abgeordneten, der eine Information benötigt und sich dieserhalb an die Fraktion oder unmittelbar an die Verwaltung wendet. Zum anderen aus der Sicht der Landtagsverwaltung, die letztlich die Informationen zu beschaffen hat. Zum dritten sind schließlich die anfallenden Kosten in die Überlegungen miteinzubeziehen.

Was den eine Information suchenden Abgeordneten betrifft, so wäre zum Beispiel zu überprüfen, wie viele Abgeordnete in der vergangenen Legislaturperiode eine erbetene sachliche Auskunft nicht erhatlen haben. Ohne einem Ergebnis vorzugreifen, kann gesagt werden, daß diese Zahl als nicht zu hoch veranschlagt werden darf.

Eine andere Frage ist, welche personellen Einsparungen durch Zuhilfenahme der EDV möglich sind. Wird berücksichtigt, daß die hier angeschnittenen Rationalisierungsmaßnahmen — um nichts anderes kann es sich handeln — nicht nur bei der Legislative, sondern auch im Bereich der Exekutive zur Erörterung stehen (sollten)? Bedenkt man weiter, daß die von Regierung und Parlament zu bewältigenden Aufgaben in Zukunft umfangreicher und in sich differenzierter werden, dann dürften die anfallenden Kosten nicht so ins Gewicht fallen, als daß sich das vom Präsidenten geforderte Informationssystem mit Hilfe der EDV nicht lohnen würde.

Hans Koch hat sich nicht nach dem Amt gedrängt, das er jetzt ausfüllen muß. Wenn er nun mit 59 Jahren Vorsitzender der FDP-Fraktion ist, so weiß er um die Schwierigkeiten, die ihn erwarten, er kennt die Arbeitslast, die zu bewältigen ist, und er weiß, daß er Neuling im Landesparlament ist.

Abschrecken kann ihn das alles nicht. Hans Koch weiß, daß er in die parlamentarische Tätigkeit seine annähernd 40jährige Erfahrung aus der Kommunalverwaltung einbringen kann.

Nach dem Gymnasium hatte es für ihn mit der Ausbildung zum Kommunalbeamten begonnen, nach der 1. und 2. Verwaltungsprüfung und dem Besuch der Verwaltungsakademie erfolgte der praktische Start bei den Kreisverwaltungen Olpe und Bad Kreuznach. Später wurde er Stadtinspektor in Düsseldorf, Kreisinspektor und Oberinspektor bei der Kreisverwaltung Olpe und von 1951 bis 1956 war er Verwaltungsdirektor und Erster Beigeordneter in Bensberg bei Köln.

Höhepunkt dieser Laufbahn war für den gebürtigen Duisburger die Berufung zum Stadtdirektor in Langenfeld. Bis 1968 hatte Hans Koch dieses Amt inne, und es ist nicht verwunderlich, daß er auch heute noch mit besonderer Liebe an dieser Stadt hängt, deren Wachsen er durch eine konsequent betriebene Industrieansiedlung maßgeblich gefördert und beeinflußt hat. Sein Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ist ihm für eben diese Arbeit verliehen worden.

Obwohl Neuling in der FDP-Landtagsfraktion, hat Koch praktische Erfahrungen. Als Vorsitzender der FDP-Fraktion der Landschaftsversammlung Rheinland hat er häufig an Fraktionssitzungen seiner Partei im Landtag teilgenommen. Die Arbeit des Landtages ist ihm auch schon deshalb lange vertraut, da er in der Vergangenheit jede Veröffentlichung des Hauses am Schwanenspiegel aufmerksam gelesen hat.

Hans Koch, der verheiratet ist und zwei Kinder hat, schätzt einen straffen Arbeitsstil. Er delegiert Aufgaben und legt deshalb Wert auf verantwortungsvolle Mitarbeiter. Jetzt kommt allerdings eine Reihe von Kleinarbeit auf ihn zu, denn in einer kleinen Fraktion muß auch der Vorsitzende einen Teil der Routinearbeiten bewältigen. Um so mehr ist Koch gegen nutzloses Gerede, das er für reine Energieverschwendung hält.

FDP-Fraktionsvorsitzender Hans Koch

Eine Konsequenz aus seiner Wahl zum FDP-Fraktionsvorsitzenden war für Koch auch die Aufgabe seiner zahlreichen Ämter. Nicht immer ist ihm das leicht gefallen.

Koch war Vorsitzender des Fachausschusses für Finanzen und Mitglied der Fachausschüsse für Gesundheitswesen und für Kommunalwirtschaft in der Landschaftsversammlung Rheinland, er war Mitglied des Aufsichtsrates der rheinischen Beamtenbaugesellschaft und Verwaltungsratsmitglied der Westdeutschen Landesbank. Sein Mandat im Rat der Stadt Langenfeld hat er schon niedergelegt, seine Tätigkeit als Landesvorsitzender des Verbandes der Hauptgemeindebeamten und Beigeordneten in Nordrhein-Westfalen gibt er nach zehn Jahren im kommenden Frühjahr auf.

Sogar im privaten Bereich muß Hans Koch jetzt zurückstecken, denn der begeisterte Tennisspieler trennt sich vom Vorsitz seines Vereins.

Hans Koch ist seit 1964 Mitglied der FDP. Er hat lange nach einer politischen Heimat gesucht, obwohl er, aus einer liberalen Familie stammend, immer Liberaler war, nicht zuletzt durch seine individualistische Lebensauffassung. Heute ist Koch, der nebenher Kreisvorsitzender der Rhein-Wupper und stellvertretender Bezirksvorsitzender von Düsseldorf ist, der Überzeugung, daß eine progressive Grundhaltung Platz läßt für konservative Meinungen. Hans Koch will ausgleichend zwischen den Generationen wirken und hofft so die Grundlage für eine effektive parlamentarische Arbeit in dieser Legislaturperiode zu schaffen. *Uwe Hoch*